

Demographische Revolution, Transformation oder rationale Anpassung? Zur Entwicklung von Geburtenzahlen, Eheschließungen und Scheidungen in der ehemaligen DDR

Kopp, Johannes; Diefenbach, Heike

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kopp, J., & Diefenbach, H. (1994). Demographische Revolution, Transformation oder rationale Anpassung? Zur Entwicklung von Geburtenzahlen, Eheschließungen und Scheidungen in der ehemaligen DDR. *Zeitschrift für Familienforschung*, 6(1/2), 45-63. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-291953>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Demographische Revolution, Transformation oder rationale Anpassung? - Zur Entwicklung von Geburtenzahlen, Eheschließungen und Scheidungen in der (ehemaligen) DDR¹

Johannes Kopp und Helke Diefenbach

Zusammenfassung

In diesem Beitrag sollen mögliche Ursachen der dramatischen Veränderungen grundlegender demographischer Kennziffern auf dem Gebiet der ehemaligen DDR seit 1990 aufgezeigt werden. Es wird vermutet, daß die Veränderungen hinsichtlich der Heiratsneigung, der Fertilität und des Scheidungsverhaltens auf jeweils unterschiedliche Ursachen zurückzuführen sind. Zur Unterstützung dieser These werden diese demographischen Entwicklungen in der Zeit von 1950 bis 1989 sowie die Veränderungen seit 1990 unter besonderer Berücksichtigung der institutionellen und rechtlichen Regelungen aufgezeigt. Die Analyse ergibt, daß der Rückgang der Heiratsneigung am ehesten auf eine allgemeine Verunsicherung zurückzuführen ist; der Rückgang der Fertilitätszahlen scheint die Folge einer rationalen Anpassung von Individuen an völlig veränderte gesellschaftliche Verhältnisse zu sein. Der Rückgang der Scheidungsziffern läßt sich dagegen durch verwaltungstechnische Schwierigkeiten erklären, so daß - zumindest kurzfristig - mit einem Wiederanstieg der Scheidungsziffern zu rechnen ist. Die hier diskutierten Veränderungen der demographischen Prozesse lassen sich also wohl nicht auf ein einheitliches Erklärungsmuster zurückführen, statt dessen sind jeweils spezifische Konstellationen zu berücksichtigen.

Abstract

In this article possible reasons for the dramatic change of basic demographic series since 1990 in the former German Democratic Republic are presented. It is supposed that changes in the propensity to marriage, in the fertility rate and the divorce rate have different causes. In order to support this hypothesis the development of these

¹ Dieses Papier entstand im Zusammenhang des durch die DFG geförderten Forschungsprojektes "Determinanten der Ehescheidung". Die im Rahmen dieses Projektes durchgeführten Expertengespräche in Leipzig und Berlin waren für die hier vorgestellten Überlegungen sehr hilfreich. Die unten angesprochene ALLBUS-Basisumfrage 1991 stellt eine durch die DFG finanzierte Sondererhebung im "Programm der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften" (ALLBUS) dar. Die Studie steht im Zentralarchiv für empirische Sozialforschung, Köln, unter der Nummer ZA-1990 zur Verfügung. Der ALLBUS 1992 ist dort unter der Nummer ZA-2140 archiviert. Zwei anonymen Gutachtern sei für wichtige Hinweise gedankt.

series within the 1950-1989 period as well as the changes since 1990 are described with special regard to institutional and legal regulations. The analysis leads to the result, that the decline of the propensity to marriage is in the first place due to a general uncertainty; the decline of the fertility rate seems to result from rationally coping with totally altered social conditions. The decline of the divorce rate can be explained by technical administrative difficulties, so that - at least in the short run - an increase of the divorce rate can be expected. The demographic changes discussed here cannot be referred to a single explanatory pattern. Instead, in each case specific constellations must be taken into consideration.

Zur Zeit lassen sich auf dem Gebiet der ehemaligen DDR dramatische Veränderungen grundlegender demographischer Kennziffern feststellen. Die Zahl der Ehescheidungen betrug 1989 noch 50.063; im Jahr 1990 läßt sich ein Rückgang um 36.2% auf 31.917 Scheidungen und 1991 sogar ein weiterer Rückgang um 71.9% auf 8.976 Scheidungen feststellen. Innerhalb von 2 Jahren wurden also 82% weniger Ehen geschieden. Für das Jahr 1992 liegt die entsprechende Zahl bei 10.312 (Hammes 1994) und damit bei einem Wert von 20.6% der Scheidungszahlen aus dem Jahre 1989. Neben der Veränderung der Scheidungszahlen lassen sich jedoch auch große Umbrüche bei anderen demographischen Grundprozessen beobachten. Die Zahl der Eheschließungen und die Zahl der Geburten sind im Zeitraum ab 1989 in einem nie zuvor zu beobachtendem Ausmaß gesunken. Bei den Eheschließungen beträgt der Rückgang von 1988 bis 1993 über 64%, bei den Geburten von 1989 bis 1993 fast 60%.

In dieser Arbeit soll versucht werden, mögliche Ursachen, aber auch die mögliche Interdependenz dieser demographischen Veränderungen aufzuzeigen. Obwohl diese Entwicklungen auch wichtige Konsequenzen für sozialpolitische Fragestellungen haben (vgl. allgemein Leisering 1992) - so müssen schon jetzt die Bevölkerungsprognosen aufgrund des veränderten Verhaltens revidiert werden (vgl. Schulz 1993), veränderte Familienzusammensetzungen beeinflussen die Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt, die Folgerungen für den Arbeitsmarkt sowie die Nachfrage nach öffentlichen oder sozialstaatlichen Einrichtungen wie etwa Schulen sind offenkundig - steht eine andere Fragestellung im Mittelpunkt dieses Beitrages: Welche Ursachen können für die Veränderungen der demographischen Grundprozesse - Scheidungsverhalten, Fertilität und Heiratsneigung - angeführt werden? Dabei lassen sich mindestens vier unterschiedliche Ansätze oder Ursachenbündel ausmachen, die diesen Rückgang erklären könnten:

- Zunächst ist daran zu denken, daß rein *verwaltungstechnische Faktoren* die Veränderungen der statistischen Maßzahlen bedingen. So ist es denkbar, daß - vor allem bei der Scheidung, im geringerem Maße auch bei der Eheschließung - durch die Umstellung des Rechtssystems und der bürokratischen Verwaltung Verzögerungen in der Abwicklung der Anträge entstehen. Fehlendes oder mangelhaft ausgebildetes Personal sowie die Unsicherheit der Verwaltung über das prozedurale Vorgehen sind hier zu nennen. Wenn dies so wäre, würden die statistischen Maßzahlen, die ja nur vollzogene Ehescheidungen erfassen, zurückgehen, ohne daß die Zahl der Anträge zurückgegangen sein muß. Dies würde aber auch bedeuten, daß innerhalb

der *Handlungskalküle* der einzelnen Personen *keine Änderungen* festzustellen sind. Es ließe sich dann auch prognostizieren, daß nach einem durch die Aufarbeitung der Akten bedingten Scheidungsgipfel sich die Kennziffern wieder auf dem früheren Niveau einpendeln.

- Ein zweiter Erklärungsansatz besteht darin, veränderte institutionelle Rahmenbedingungen für die Entwicklungen verantwortlich zu machen. Die Umstellung des Rechtssystems bedingt ja nicht nur eine Anpassung des verwaltungstechnischen Vorganges, sondern auch die inhaltliche Anpassung an eine neue rechtliche Situation. Veränderte Regelungen des Kindergelds, der Freistellung von der Erwerbsarbeit etwa durch Erziehungsurlaub, Umstellungen bei der Förderung der Eheschließung oder der Regulierung der Situation nach einer Scheidung können die Handlungskalküle der Personen beeinflussen. Änderungen im Verhalten wären hier auf eine *veränderte Anreizstruktur* zurückzuführen.
- In einem dritten Erklärungsansatz können die Veränderungen des demographischen Verhaltens als *individuelle Anpassungsstrategie* an veränderte Rahmenbedingungen betrachtet werden. Verstärkt durch eine *hohe Unsicherheit* über die weitere gesellschaftliche und persönliche Entwicklung ist die fehlende Bereitschaft zur Ehe, zu Kindern oder zu einer Scheidung eine rationale Strategie. Im Unterschied zum zweiten Erklärungsmechanismus wären hier die grundlegenden Vorstellungen und Pläne über Ehe und Familie konstant, es herrscht nur eine Unsicherheit darüber, ob und wie man diese Vorstellungen unter veränderten Bedingungen verwirklichen kann. Der Heirats- und Kinderwunsch wäre weiterhin vorhanden, die Unsicherheit darüber, wie man diese Vorstellungen mit anderen Lebensplänen wie etwa der Erwerbstätigkeit koordinieren kann, hätte sich jedoch erhöht.
- Eine vierte Möglichkeit, die Veränderungen zu erklären, besteht in einem Rückgriff auf individualpsychologische Mechanismen. In Anbetracht der enormen Veränderungen und der *bleibenden Unsicherheit* über die eigene Situation und Zukunft verfallen die Individuen in einen Zustand der *Apathie*. Die klassische Studie über die Arbeitslosen von Marienthal (Jahoda, Lazarsfeld & Zeisel 1974) liefert hierfür ein Vorbild. Die Veränderungen der demographischen Maßzahlen stellen dann nur "die Aggregateneffekte individueller Schockerfahrungen" (Zapf & Mau 1993, S. 5) dar. Die demographischen Einbrüche wären dann der "Ausdruck einer gesellschaftlichen Anomie" (Zapf & Mau 1993, S. 3).²

Es stellt sich nun die Frage, welchen dieser möglichen Ursachenkomplexe man für welche demographische Entwicklung verantwortlich machen kann. Dabei wird sich zeigen, daß sich die Veränderungen nicht einheitlich erklären lassen, sondern daß jeweils spezifische Konstellationen berücksichtigt werden müssen. So wird vermutet, daß sich die Änderungen des Scheidungsverhaltens durch Anpassungsprobleme der Verwaltungsbürokratie und der Justiz begründet sind. Der Rückgang der Geburtenzahlen stellt eine Anpassungsstrategie vor allem der Frauen an veränderte und unsichere Randbedingungen dar, wobei die Unsicherheit der eigenen ökonomischen Situation hierbei die größte Rolle spielen dürfte. Der Rückgang der Heiratszahlen wieder-

² Dorbritz (1992) nennt drei Ursachenkomplexe für die demographischen Veränderungen: altersstrukturelle Veränderungen im Bevölkerungsaufbau, Veränderungen im Scheidungsrecht sowie "Verhaltenswandel aufgrund weitreichender Verunsicherungen" (Dorbritz 1992: 190; vgl. zum Wandel der Heirats- und Geburtenzahlen in Krisenzeiten auch Höpflinger 1987: 45).

um könnte auf eine Interaktion der verschiedenen Mechanismen sowie eine Veränderung der äußeren Rahmenbedingungen zurückzuführen sein. So bedeutet der Rückgang der Kinderzahlen gleichzeitig auch eine Verminderung eines wesentlichen Heiratsgrundes. Falls sich diese Überlegungen bestätigen, wäre also weniger von einer wirklichen "demographischen Revolution" (Zapf & Mau 1993), als vielmehr von einer demographischen Anpassung zu sprechen.

Um diese Thesen zu untermauern, soll im folgenden skizziert werden, wie sich die entsprechenden Kenngrößen seit 1950 verändert haben und welche Einflußgrößen dabei auszumachen sind. Besonders sollen dabei die institutionellen und rechtlichen Regulierungen und deren möglicher Einfluß berücksichtigt werden. Dabei erscheint es sinnvoll, die Entwicklung bis 1989 und die Veränderungen seit 1989 getrennt zu analysieren. Abschließend sollen die oben skizzierten unterschiedlichen Möglichkeiten der theoretischen Erklärung gegeneinander abgewogen und der Einfluß anderer Bestimmungsgrößen diskutiert werden.

1. Die demographische Entwicklung der Familie in der DDR von 1949 bis 1989: Eheschließung, Fertilität und Scheidungsverhalten

Die demographische Struktur der Familie in der DDR soll hier anhand dreier konkreter Aspekte beschrieben werden, deren Auswahl vor allem nach zwei Kriterien erfolgte: Zum einen bestimmen die drei untersuchten Prozesse - Eheschließung, Fertilität und Scheidungsverhalten - wesentlich die demographische Struktur einer Gesellschaft und damit wichtige soziale Prozesse, zum anderen kommt ihnen für die familiensoziologische Forschung eine große theoretische Bedeutung zu.

So beeinflussen beispielsweise das Heiratsalter, die Heiratswahrscheinlichkeit sowie die Kinderzahl die Scheidungsraten (vgl. Hill & Kopp 1990; Kopp 1994); Kinder beeinflussen die Qualität einer Beziehung (White, Booth & Edwards 1986) sowie die familieninterne Arbeitsteilung; die Scheidungszahlen verändern die Familienformen und -zusammensetzungen und ähnliches mehr.³

Aufgabe dieses Abschnittes ist es nun einerseits, die statistische Entwicklung für jeden dieser Bereiche zu skizzieren. Dabei werden die Verläufe der entsprechenden Größen in der Bundesrepublik kontrastierend mitaufgeführt, um allgemeinere Trends

³ Anzumerken ist, daß für die drei untersuchten Bereiche die Datenlage der amtlichen Statistik relativ gut ist, so daß sich auch längere Zeitreihen bilden lassen. Bei anderen interessierenden demographischen Fakten, wie etwa der Haushaltszusammensetzung oder der Erwerbsbeteiligung, sind derartige Zusammenstellungen äußerst problematisch, da sich die Kriterien der amtlichen Statistik relativ häufig verschieben.

von den spezifischen Entwicklungen in der DDR zu trennen.⁴ Andererseits werden die wichtigsten familienpolitischen Regelungen der DDR genannt und deren Einfluß eingeschätzt.

(1) *Zahl der Eheschließungen, Heiratsneigung und Heiratsalter:* Der erste Blick fällt hierbei auf die Veränderungen der absoluten Zahl der Eheschließungen. Diese Kennziffer ist jedoch - unter anderem - abhängig von der Bevölkerungsgröße. Deshalb wird hier zuerst der Verlauf der Eheschließungen je 1.000 Einwohner skizziert (vgl. Abb. 1; zusammengestellt nach verschiedenen Statistischen Jahrbücher der Bundesrepublik und der DDR sowie Wirtschaft und Statistik 4, 1993, Tabellenteil).

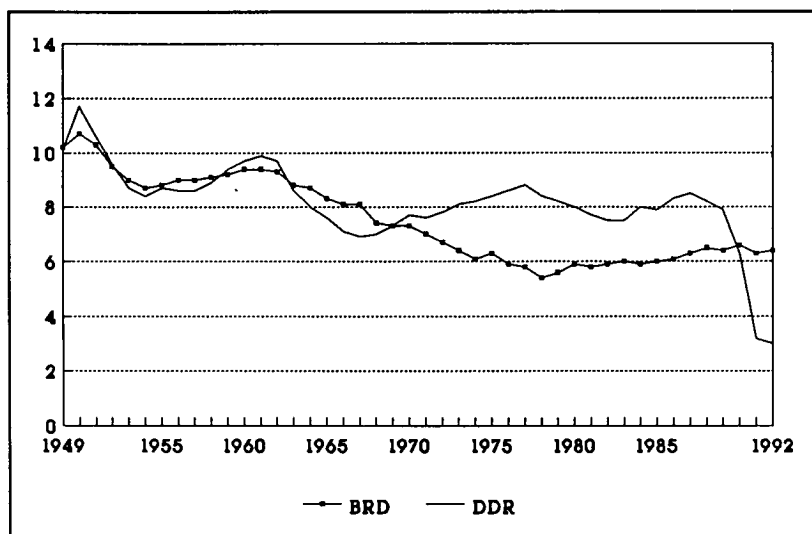


Abb. 1: Eheschließungen je 1.000 Einwohner (1949-1992)

In der DDR findet sich der allgemeine Rückgang der Heiratszahlen seit dem Ende der fünfziger Jahre, die auch international eine historische Sonderstellung einnehmen (Cherlin 1981: 8ff). Danach treten jedoch einige Abweichungen auf. Zwar sinkt auch in

⁴ Methodisch ist es natürlich problematisch, institutionelle Regulierungen und die Entwicklung von Aggregatstatistiken kausal zu interpretieren. Es ist zu fragen, "wie sich Wirkungen politischen Handelns auf den Bevölkerungsprozeß identifizieren lassen bzw. inwieweit sich die Wirksamkeit zielgerichteter Maßnahmen prüfen läßt. Daß solche Wirkungen bestehen, ist zwar grundsätzlich plausibel, aber im einzelnen offenbar schwer nachweisbar" (Kaufmann/Strohmeier/Federkeil 1992: 2f). Ebenso problematisch ist es natürlich auch, nur die Entwicklung der Bundesrepublik zu kontrastieren.

der DDR diese Kenngröße ab Beginn der sechziger Jahre erheblich, steigt dann jedoch ab 1967 bis in die Mitte der siebziger Jahre wieder an und bleibt bis 1989 bei circa 8 Eheschließungen je 1.000 Einwohnern relativ stabil. Deutlich ist dabei zu sehen, wie sich seit 1970 die Entwicklungen in den beiden deutschen Staaten unterscheiden. Die Eheschließungsrate liegt in der DDR auf einem deutlich höheren Niveau als in der Bundesrepublik. Die Zahl der Eheschließungen je 1.000 Einwohner hängt stark von der demographischen Zusammensetzung der Bevölkerung ab⁵. Wenn man sich jedoch die -mit Hilfe einer Projektion eines Querschnittes auf eine aktuelle Kohorte gewonnene - zusammengefaßte Erstheiratsziffer, die die Wahrscheinlichkeit einer Verheiratung abschätzt,⁶ berücksichtigt, zeigen sich gleichbleibende Ergebnisse: Die Heiratsneigung lag in der DDR etwa ab Mitte der sechziger Jahre, spätestens jedoch ab Beginn der siebziger Jahre deutlich über den entsprechenden Zahlen in der Bundesrepublik.

Von den institutionellen Regelungen in den beiden deutschen Staaten, die zur Erklärung dieses Unterschiedes angeführt werden könnten, sind vor allem die staatlichen Unterstützungsleistungen für junge Ehepaare zu nennen. Junge Eheleute bis zum 30. Lebensjahr konnten zweckgebundene und teilweise zinslose Kredite zur Erleichterung der Haushalts- und Familiengründung in Anspruch nehmen. Zudem wurden Ehepaare bei der Vergabe von Wohnungen durch die Wohnungsämter der DDR bevorzugt (vgl. Frick & Steinhöfel 1991; Gysi 1988: 512; Gysi, Liebscher, Ebert & Zirke 1990, S. 105). Nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften wurde kein größerer Wohnraum zugewiesen wurde.⁷ Auch dadurch könnte das relativ geringe Heiratsalter bedingt sein.

Ob diese Unterschiede in der staatlichen Unterstützung jedoch ausreichen, um die doch deutlich unterschiedlichen Entwicklungen zu erklären, bleibt fraglich. Bei mehreren qualitativen Interviews findet sich retrospektiv ein Argument bezüglich der besonderen Funktion der Familie in der DDR: Ehe, Familie und Partnerschaft kam hier ein

⁵ Festzuhalten ist zudem, daß aufgrund der im Vergleich zur Bundesrepublik erhöhten Scheidungswahrscheinlichkeit ein großer und zunehmender Anteil der Eheschließungen Zweitehen - für zumindest einen der Partner - darstellen.

⁶ Die genauen Daten können Höhn/Mammey/Wendt (1990: 141) entnommen werden.

⁷ Gysi (1988: 515ff) berichtet aber von empirischen Untersuchungen, die einen relativ hohen Anteil nicht-ehelicher Lebensgemeinschaften feststellen. Diese setzen sich vor allem aus zwei Gruppen zusammen: Personen, die vor einer Eheschließung zusammenleben und der Gruppe der Geschiedenen. Im ALLBUS 1991 finden sich für Ost und West kaum noch Unterschiede in der Anzahl der nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften. Im Osten leben 6.0% der Befragten unverheiratet mit einem Partner in einem gemeinsamen Haushalt, im Westen 5.4%. Obwohl aufgrund der geringen Fallzahl eine vorsichtige Interpretation angebracht ist, lassen sich die von Gysi berichteten Unterschiede in der Zusammensetzung dieser Gruppe auch hier finden. Im Osten stellen Geschiedene und Ledige mit 48.4% beziehungsweise 46.2% fast gleich große Anteile, im Westen dagegen sind die Gruppen mit 11.1% beziehungsweise 82.7% sehr unterschiedlich besetzt.

anderer Stellenwert zu als in der Bundesrepublik. Dabei umfaßt diese Sonderstellung eine offizielle und eine - von der offiziellen Position divergierende - inoffizielle Dimension.

Zwar sollte die Familie in der DDR wie in der Bundesrepublik die Grundlage der Gesellschaft bilden und unter besonderem Schutz des Staates stehen und es ihr hier zudem eine zunehmende ideologische Bedeutung zu. Sie sollte als relevanter bewußtseinsbildender Faktor darauf hinwirken, den sozialistischen Menschen zu schaffen. Wesentlich bedeutsamer war jedoch, daß die Familie einen der wenigen Freiräume der individuellen Gestaltung und damit die Möglichkeit, sich staatlichen Interessen und staatlicher Kontrolle zu entziehen, bot.

Welche Charakteristika zeichnen nun aber die Personen aus, die geheiratet haben? Eine der hierbei wichtigen Dimensionen ist das Heiratsalter, das als wesentlicher Indikator für familiensoziologische Fragestellungen wie etwa das Suchverhalten auf dem Heiratsmarkt und damit die Qualität der Paarbildung dienen kann (Becker 1981; Becker, Landes & Michael 1977). Abbildung 2 zeigt das durchschnittliche Heiratsalter zuvor lediger Frauen und Männer in der DDR und der Bundesrepublik (zusammengestellt nach verschiedenen Statistischen Jahrbüchern der Bundesrepublik und der DDR).

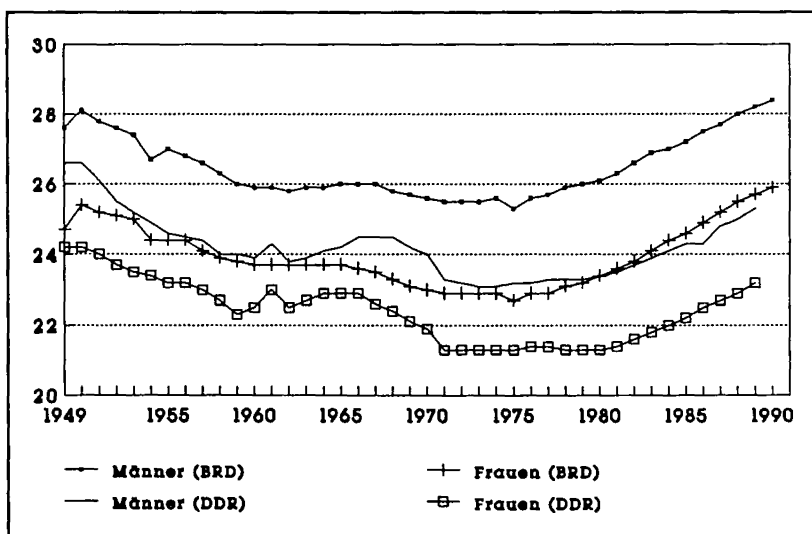


Abb. 2: Durchschnittliches Heiratsalter zuvor Lediger (1949-1990)

Festzustellen ist zunächst, daß entsprechend der gesellschaftlichen Norm Männer später heirateten als Frauen: Das Heiratsalter der Frauen lag zwischen 1.2 und 2.4 Jahre unter dem der Männer. Im Durchschnitt waren die Männer um 1.81 Jahre älter. Auffällig ist zudem das durchgehend geringere Heiratsalter in der DDR. Auch dies zeigt, daß der Ehe in der DDR ein relativ hoher Stellenwert zukam. Zusammenfassend

kann man festhalten, daß die Entwicklung des Heiratsalters in der DDR sowohl dem international als auch dem in der Bundesrepublik zu findenden Muster gleicht. Auffallend ist jedoch das relativ geringe Altersniveau, auf dem diese Prozesse stattfinden. Wenn man die bisherigen Ergebnisse zusammenfassen will, so kann man festhalten, daß in der DDR mehr und früher geheiratet wurde als in der Bundesrepublik. Inwieweit sich dies jedoch auf die Familienpolitik der DDR zurückführen läßt, ist jedoch fraglich.⁸ Eher scheint die besondere Rolle der Familie als Möglichkeit für individuelle Freiräume von Bedeutung zu sein.

(2) *Fertilität*: Bezüglich des Fertilitätsverhaltens treten ähnliche Probleme hinsichtlich der adäquaten Erfassung durch die von der amtlichen Statistik vorgelegten Zahlen auf wie bei der Heiratsneigung. Generell läßt sich zwischen den folgenden Kennziffern unterscheiden:

Die allgemeine Geburtenziffer gibt die Anzahl der Lebendgeborenen bezogen auf 1.000 Einwohner an. Die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer bezieht sich auf die Zahl der Lebendgeborenen je 1.000 Frauen im Alter zwischen 15 bis unter 45 Jahren. Die altersspezifische Geburtenziffer bestimmt sich aus der Zahl der Lebendgeborenen der Mütter bestimmten Alters je 1.000 Frauen gleichen Alters. Die Summe der altersspezifischen Geburtenziffer oder die zusammengefaßte Geburtenziffer "ergibt die Zahl der Kinder, die 1000 Frauen im Laufe ihres Lebens gebären, und zwar unter der Annahme, daß sich die altersspezifischen Geburtenziffern künftig nicht ändern" (Statistisches Bundesamt 1992: 49). Die Nettofortpflanzungsrate wiederum "gibt Auskunft, inwieweit unter bestimmten Geburts- und Sterblichkeitsverhältnissen eine Frauengeneration durch die von diesen Frauen geborenen Töchter ersetzt wird" (Statistisches Bundesamt 1992: 49).

Für all diese Kenngrößen lassen sich Bedenken formulieren, inwieweit sie die zugrundeliegenden Prozesse wirklich erfassen. Nur für die allgemeine Fruchtbarkeitsziffern liegen überhaupt durchgängige Angaben der amtlichen Statistik vor, um damit die demographische Entwicklung der gesamten Bevölkerung zu charakterisieren.

Die Abbildung 3 zeigt deshalb die Kenngröße der allgemeinen Fruchtbarkeitsziffer.⁹

⁸ Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß die familienpolitischen Maßnahmen, die die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit für die Frau ermöglichten, sicher indirekte positive Effekte auf die Heiratsneigung hatten.

⁹ Grundlage für die Daten ist für die Jahre 1949 bis 1951 das Gebiet der DDR ohne Ost-Berlin. Bis 1959 bezieht sich die Zahl auf die insgesamt Geborenen, also einschließlich der Totgeburten. Für das Jahr 1989 finden sich im Statistischen Jahrbuch der DDR und im Jahrbuch der Bundesrepublik hinsichtlich der DDR unterschiedliche Zahlen. Hier wurde der Wert des Jahrbuchs der DDR dargestellt.

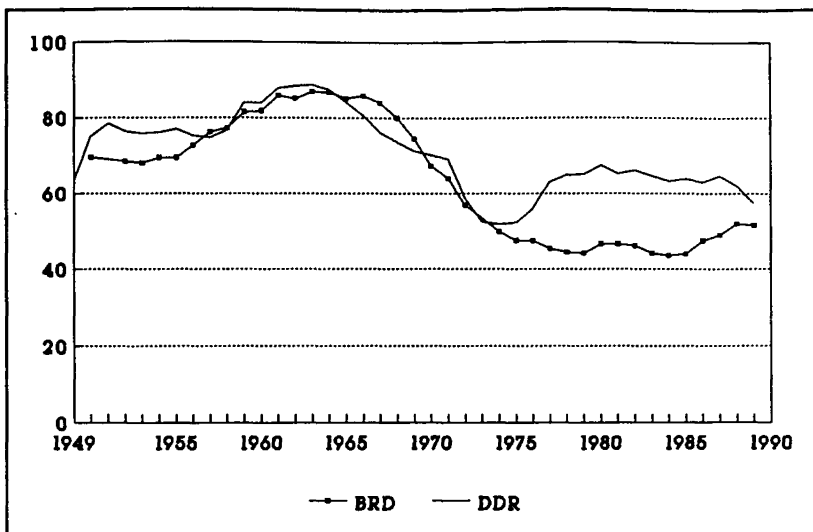


Abb. 3: Allgemeine Fruchtbarkeitsziffer (1949-1989)

Einem Anstieg der Geburtenziffern mit dem Höhepunkt im Jahre 1963 folgte ein teilweise drastischer Rückgang.¹⁰ In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre stieg die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer stark an und blieb dann bis 1987 relativ stabil. Zwischen 1987 und 1989 ist sie wieder gesunken. Während für die Entwicklungen des Baby-Booms und des - wiederum auch international zu findenden - Rückgangs der Fertilität andere Faktoren anzuführen sind (vgl. einleitend Cromm 1988), ist die Entwicklung ab 1975 vor dem Hintergrund der familienpolitischen Maßnahmen der DDR zu sehen, die auf steigende Geburtenziffern hinwirken sollten.

Auf dem VIII. Parteitag der SED 1971 wurde die Familien- und Bevölkerungsentwicklung als gesamtgesellschaftliches Anliegen ausgewiesen, was konkret die Propagierung der Zwei- bis Drei-Kinder-Familie in den nachfolgenden Jahren bedeutete. Frauen sollten dazu ermuntert werden, früher und mehr Kinder zu gebären, aber gleichzeitig sollten die familienpolitischen Maßnahmen der Teilzeitarbeit, die sich unter den solchermaßen doppelt belasteten Frauen immer stärker ausbreitete, entgegenwirken. Hierzu wurde die Zahlungsdauer des Schwangerschafts- und Wohngeldes erhöht, einmalige Zahlungen eingeführt, die Pflege und Betreuung der Kinder wurde erleich-

¹⁰ Festzuhalten ist außerdem, daß der Anteil der nicht-ehelich geborenen Kinder in der DDR - wie auch in der Bundesrepublik - konstant zugenommen hat (vgl. auch Gysi 1989: 261). Vor allem in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre und ab 1976 können deutliche Steigerungen der Nichteheleichenquote festgestellt werden. Seit Beginn der achtziger Jahre liegt diese Quote bei circa einem Drittel der Geburten. Ob die Ursachen für diese Entwicklung in einer bewußten Entscheidung zum Leben als alleinerziehende Mutter, auf die Zunahme nicht-ehelicher Lebensgemeinschaften, oder bei den besonderen gesellschaftlichen Bedingungen und den sozialpolitischen Maßnahmen liegen bleibt offen (vgl. etwa Hoffmann/Menning/Speigner/Trappe 1990: 28).

tert, die Arbeitszeit und der Mindesturlaub wurden modifiziert. Weitere Maßnahmen zielten auf die Förderung von Studentinnen mit Kind und Schwangeren im Studium sowie Müttern im Lehrverhältnis ab. Tatsächlich konnten die Geburtenziffern stabilisiert werden. Da die Verordnungen von 1971/72 aber nicht zu ihrer Zunahme geführt hatten, wurden 1976 weitere Maßnahmen zur Geburtenförderung beschlossen: Der Schwangerschafts- und Wochenurlaub wurde nochmals verlängert und ein sogenanntes Babyjahr eingeführt. Bei der Geburt von Kindern wurde zudem die Rückzahlung der oben erwähnten Ehekredite teilweise erlassen. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß zwei Verordnungen, die - wie eine Reihe der eben genannten Maßnahmen zur Förderung der Geburtenziffern - 1972 beschlossen wurden, den familienpolitischen Verordnungen entgegenliefen: Zum einen wurde die kostenlose Abgabe von Ovulationshemmern beschlossen, zum anderen erfolgte die Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs innerhalb einer Frist von 12 Wochen. Zwar beeinflusste also die Familienpolitik die Entwicklung der Geburtenzahlen, eine Umkehr des generellen Trends war dadurch jedoch nicht möglich.

Schwarz (1992) untersucht im einzelnen die pro-natalistischen Maßnahmen in der DDR und kommt zu dem Schluß, daß ihnen insgesamt nur sehr begrenzte Wirkung attestiert werden könne, denn die Geburtenhäufigkeit erreichte in der DDR nie das Bestandserhaltungsminimum (Schwarz 1992: 254). Eine Betrachtung der theoretischen Bestimmungsgrößen der Fertilität (Becker 1981; Ott 1989) läßt es auch unangebracht erscheinen, große Erwartungen in familienpolitische Maßnahmen zu setzen. Es scheint, daß nur letzte Schwierigkeiten - etwa durch Möglichkeiten, Erwerbstätigkeit und Kind zu vereinbaren - beseitigt werden können oder das Timing der Geburten beeinflusst werden kann. Allerdings wendet Wendt (1991) ein: "Unter den Bedingungen einer undemokratischen 'geschlossenen Gesellschaft', dem Fehlen jeglicher sozialer, politischer, aber auch konsumtiver Alternativen konnten die bevölkerungspolitischen Maßnahmen vorübergehend durchaus geburtenerhöhende Effekte erzielen oder zumindest den Geburtenrückgang retardieren" (Wendt 1991: 272).

(3) *Ehescheidungen*: Ähnlich wie bei den Eheschließungen und der Fertilität lassen sich hier verschiedene Maßzahlen angeben, um die Stabilität einer Beziehung zu erfassen (vgl. Kopp 1994). Die beste Kennziffer, für die sich aus der amtlichen Statistik eine Zeitreihe für beide deutsche Staaten erstellen läßt, ist die Zahl der Ehescheidungen je 10.000 Einwohner. Auch wenn diese Kenngröße wiederum stark von der demographischen Struktur einer Gesellschaft abhängig ist und deswegen Unterschiede auftreten können, obwohl die zugrunde liegende theoretische Dimension unverändert bleibt, spiegelt sie die Entwicklungen meist gut wider (vgl. Abbildung 4; zusammengestellt nach verschiedenen Statistischen Jahrbüchern der Bundesrepublik und der DDR sowie Wirtschaft und Statistik 6, 1993).

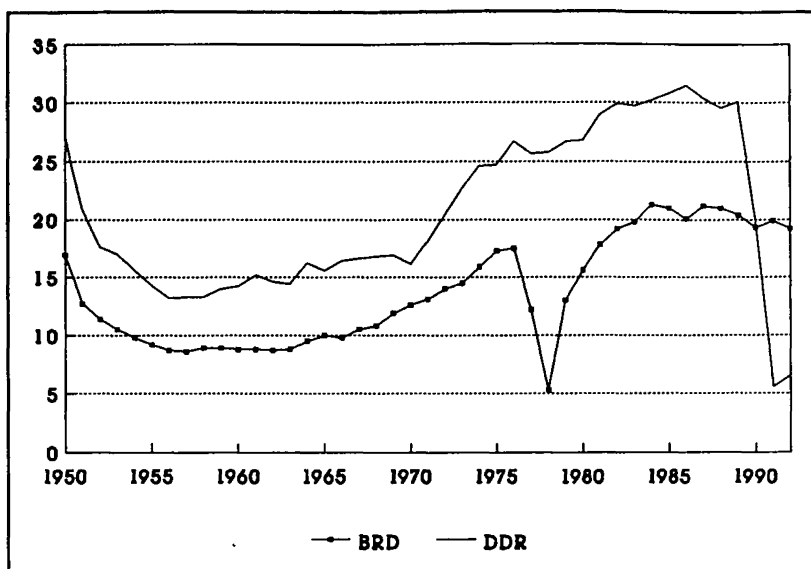


Abb. 4: Zahl der Ehescheidungen je 10.000 Einwohner (1950-1992)

Wenn man das Schaubild betrachtet, so stellt man fest, daß die Scheidungsziffern zu Beginn der fünfziger Jahre sinken und danach stark ansteigen, um sich bis 1989 auf historisch gesehen sehr hohem Niveau einzupendeln (vgl. auch Meyer 1991). 1987 wurden sowohl in der DDR als auch in der Bundesrepublik etwa dreimal so viele Ehen geschlossen wie geschieden. Ein Vergleich mit den Scheidungsziffern der Bundesrepublik zeigt - wenn man die aufgrund der Reform der Scheidungsgesetzgebung und deren verwaltungstechnischen Konsequenzen erfolgten Veränderungen der Scheidungszahlen in der Bundesrepublik in den Jahren 1977 bis 1979 außer acht läßt - insgesamt eine auffällige Parallelität der Entwicklungen.

Selbstverständlich ist hier nicht der Ort für eine erschöpfende Darstellung und Analyse der rechtlichen Regelungen zur Ehescheidung in der DDR. Für die Scheidungszahlen wie für andere demographische Entwicklungen gilt aber, daß sie vor dem Hintergrund der institutionellen Ordnung eines Staates und der Veränderungen der staatlichen Strukturen zu sehen sind. Deshalb sollen im folgenden die rechtlichen Regelungen eines Ehescheidungsverfahrens in der DDR in groben Zügen skizziert werden.

Die wachsende politische Bedeutung der Familie als bewußtseinsbildendem Faktor im gesellschaftlichen System der DDR führte zur Ausarbeitung des Familiengesetzbuches von 1965, das auch erstmals detailliert rechtliche Regelungen der Ehescheidung fest-schrieb. Grundlage einer Ehescheidung war das Zerrüttungsprinzip (vgl. § 24 Abs. 1 FGB), während die Schuldfrage insbesondere für Unterhaltsfragen und die Zuteilung der ehelichen Wohnung faktisch eine wichtige Rolle spielte. Die vom FGB vorgesehe-

ne Aussöhnungsverhandlung entsprach dem Auftrag der Gerichte, eheerhaltend zu wirken. In den bei weitem meisten Fällen wurde eine Versöhnungszeit von einigen Wochen oder Monaten festgelegt, die aber nicht eingehalten werden mußte, wenn eine Versöhnung offensichtlich nicht möglich war. Ein Trennungsjahr gab es nicht. Die Aussöhnungsverhandlung konnte auch übergangen werden, wenn beide Partner sich scheiden lassen wollten und keine Kinder vorhanden waren. Bei streitigen Verhandlung ging es vorrangig um den Unterhaltsanspruch der Kinder. Einen Unterhaltsanspruch eines Ehepartners gegenüber dem anderen gab es nur in Ausnahmefällen, denn grundsätzlich wurde in der DDR davon ausgegangen, daß für beide Partner eine Verpflichtung bestand, für den eigenen Lebensunterhalt aufzukommen. Eheleute bildeten darüber hinaus eine Vermögensgemeinschaft, keine Zugewinnngemeinschaft wie in der Bundesrepublik.¹¹ Auch die Tatsache, daß keine Anwaltpflicht bestand, macht deutlich, daß Ehescheidungsverfahren in der DDR in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle unkompliziert waren und rasch abgeschlossen werden konnten. Die Umsetzung dieser konzeptionellen Unkompliziertheit in der praktizierten Rechtsprechung wäre nicht denkbar gewesen ohne entsprechende staatliche Institutionen, wie Kinderkrippen und Kinderhorte, die eine außerordentlich hohe Erwerbsquote bei Frauen (vgl. Miethe et al. 1990: 63) und in der Konsequenz die weitgehende ökonomische Unabhängigkeit der (Ehe-) Frauen erst ermöglichten.

Im Vergleich mit dem Scheidungsrecht der DDR war das der Bundesrepublik, insbesondere vor der Scheidungsreform vom 1. Juli 1977, bei dem die Schuldfrage die zentrale Rolle spielte, als eher restriktiv zu bezeichnen.

Seit 1977 gilt das Zerrüttungsprinzip, bei dem ein geschiedener Ehegatte seinen Unterhaltsanspruch gegen den anderen behält, soweit er sich nicht selbst versorgen kann. Auch diese Regelung kann als Barriere gegen eine Ehescheidung wirken. Der Versorgungsausgleich, der bei der Zugewinnngemeinschaft durchgeführt werden muß, ist ein kompliziertes und zeitaufwendiges Verfahren. Hinzu kommt das 1977 eingeführte Trennungsjahr, das Scheidungswillige dazu verpflichtet, mindestens ein Jahr getrennt gelebt zu haben, bevor sie geschieden werden können. Entsprechend diesen vergleichsweise komplizierten Regelungen besteht in der Bundesrepublik eine Anwaltpflicht, was wiederum einen gewissen finanziellen Aufwand bedeutet (vgl. im einzelnen von Münch 1985).

¹¹ Während bei der Zugewinnngemeinschaft vor der Eheschließung vorhandene und während der Ehe erworbene Güter der Ehegatten von jedem der beiden selbständig verwaltet werden und deren jeweiliges Eigentum bleiben, stellen bei der Vermögensgemeinschaft die durch Arbeit oder durch Arbeitseinkünfte erworbenen Güter sowie Renten, Stipendien oder ähnliche wiederkehrende Leistungen gemeinsames Vermögen der Ehegatten dar. Bei Beendigung der Ehe muß in der Zugewinnngemeinschaft nur der während der Ehe erzielte Zugewinn - auch Anwartschaften auf Versorgung - zwischen den Ehegatten ausgeglichen werden. In der Vermögensgemeinschaft muß das gemeinschaftliche Eigentum grundsätzlich zu gleichen Teilen zwischen den Ehegatten aufgeteilt werden.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß das hohe Niveau der Scheidungszahlen in der DDR bis 1989 im Zusammenhang mit in der Rechtsprechung kaum vorhandenen Barrieren gegen eine Ehescheidung zu sehen ist. Vor allem das Fehlen fast jeglicher finanzieller Konsequenzen dürfte das auch international sehr hohe Niveau an Ehescheidungen bedingt haben. Damit geht der sich selbst verstärkende Prozeß der Enttabuisierung von Scheidung durch die steigende Anzahl von Ehescheidungen einher, der wiederum dazu führt, daß die normativen Barrieren gegen die Scheidung sinken.

2. Veränderungen der demographischen Grundprozesse sowie der institutionellen Struktur seit 1989

Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten und die mit ihr verbundene institutionelle Umstrukturierung der DDR-Gesellschaft ist nicht ohne Wirkung geblieben. Für die familiensoziologisch relevanten Bereiche, deren soziodemographische Entwicklung hier beschrieben wurden, sind seit 1989 dramatische Veränderungen festzustellen. Hier sollen zuerst die Veränderungen der jeweiligen Entwicklungen und der institutionellen Regelungen kurz skizziert werden, bevor im letzten Abschnitt Erklärungsversuche dieser Entwicklungen und auch der mögliche Einfluß der veränderten sozialpolitischen Maßnahmen diskutiert wird.

(1) Heiratsalter, Heiratsneigung und Eheschließungen: Ab 1989 läßt sich für die DDR ein dramatischer Rückgang der Heiratsziffern festhalten, die sich nicht allein auf eine Veränderung der demographischen Struktur zurückführen lassen. So sank die Zahl der Eheschließungen von 137.165 im Jahr 1988 bis 1993 auf 49.159 (Wirtschaft und Statistik 4, 1994). Dies entspricht einem Rückgang auf 35,8% des Wertes im Jahr 1988. Die Zahl der Eheschließungen scheint sich zur Zeit auf einem historischen Tiefstand einzupendeln. Für eine Trendwende, bei der zumindest wieder das ohnehin niedrigere Niveau der alten Bundesländer erreicht würde, liegen keinerlei Anzeichen vor. Das Heiratsalter der zuvor ledigen Männer stieg von 25,0 im Jahre 1988 auf immerhin 26,6 im Jahr 1991. Auch bei den zuvor ledigen Frauen stieg das Heiratsalter von 22,9 um 1,6 Jahre auf 24,5 an. Damit läßt sich eine Anpassung an die Werte der alten Bundesländer feststellen, die 1991 für die Männer 28,7 und die Frauen 26,2 betragen.

In diesem Zusammenhang ist der Wegfall der in der DDR üblichen Unterstützungsleistungen für junge Ehepaare zu berücksichtigen. Da seit der Vereinigung in den neuen Bundesländern das Recht der Bundesrepublik Anwendung findet, entfallen die Vorteile wie zinslose Kredite und die Bevorzugung bei der Wohnungsvergabe, die junge Paare durch eine Eheschließung in der DDR hatten.

(2) Fertilität: Auch hinsichtlich des Fertilitätsverhaltens ist der institutionelle Umbau der DDR-Gesellschaft nicht ohne Wirkung geblieben. Zwar liegen noch keine zusammenfassenden Kennziffern des Fertilitätsverhaltens vor, die Entwicklung der Zahl der Lebendgeborenen läßt sich jedoch als ersten Anhaltspunkt heranziehen. Während

sich diese Zahl in den alten Bundesländern von 681.537 im Jahre 1989 über 727.199, 722.250, 720.794 auf 715.024 im Jahre 1993 entwickelte und somit relativ stabil blieb, gingen die entsprechenden Zahlen in der DDR von 198.922 im Jahr 1989 über 178.476 auf 107.769 im Jahr 1991 und sogar auf nur noch 88.320 im Jahr 1992 zurück. 1993 betrug die Zahl der Lebendgeborenen nur noch 79.926. Innerhalb von vier Jahren sank also die Zahl der Lebendgeborenen um fast 60%. Der Anteil der nicht-ehelichen Geburten stieg dabei sogar noch einmal: 1992 betrug diese Maßzahl 41.8%. Für 1993 liegen diese Angaben noch nicht vor.

Auch im Zusammenhang mit der Fertilität ist darauf hinzuweisen, daß in der DDR umfangreiche Unterstützungsleistungen für Eltern und insbesondere für Mütter in Anspruch genommen werden konnten, die seit der Vereinigung entfallen. Hierbei ist neben den finanziellen Unterstützungen vor allem an die vielfältigen Einrichtungen zu denken, die Kinder und Erwerbsarbeit beziehungsweise Ausbildung gleichzeitig ermöglichen.

(3) Ehescheidungen: Das Jahr 1989 bedeutet auch für die Entwicklung der Scheidungsziffern einen dramatischen Einschnitt. 1989 betrug die Zahl der Scheidungen in der DDR noch 50.063. Im Jahr 1990 läßt sich ein Rückgang um 36.2% auf 31.917 Scheidungen und 1991 sogar ein weiterer Rückgang um 71.9% auf 8.976 Scheidungen feststellen. Innerhalb von zwei Jahren wurden also 82% weniger Ehen geschieden. Für 1992 werden 10.312 Scheidungen berichtet (Hammes 1994). Es wird zu klären sein, welche der vielfältigen möglichen Prozesse - wie etwa die Umstellung des Rechtssystems, die Veränderungen der ökonomischen Situation, der konsequente Abbau unterstützender sozialer Hilfeinrichtungen wie etwa von Kindertagesstätten und -krippen, die rasch zunehmende Arbeitslosigkeit (vor allem von Frauen) oder ein rein verwaltungstechnischer Stau durch die Reorganisation des Justizwesens in der DDR - für diese Entwicklung verantwortlich zu machen ist.

Beim Scheidungsverfahren finden sich die größten Änderungen im formalen Verfahren: Seit dem 3. Oktober 1990 gilt - mit einigen Übergangsregelungen - das Scheidungsrecht der Bundesrepublik. Danach müssen die Regelungen des Trennungsjahres eingehalten werden. Scheidungen werden zudem erst dann ausgesprochen, wenn die Unterhalts- und Versorgungsansprüche abgeklärt sind.

3. Schlußfolgerungen

In den beiden vorangehenden Abschnitten wurde in groben Zügen die Entwicklung der demographischen Kenngrößen sowie der jeweiligen institutionellen Rahmenbedingungen in der DDR skizziert. Dabei zeigte sich, daß für alle drei hier betrachtenden Prozesse seit 1989 Wandlungen in einem noch nie zu beobachtendem Ausmaß festzustellen sind. Nun soll abschließend untersucht werden, durch welche der oben vorgestellten Mechanismen welche Veränderungen zu erklären sein könnten. Dabei

gilt es auch zu überprüfen, inwieweit die geschilderten Veränderungen auf den Umbau der sozialpolitischen Maßnahmen zurückzuführen sein könnte.

(1) Der Rückgang der Heiratszahlen stellt sicher das theoretisch anspruchsvollste Problem dar. Daß der extreme Rückgang der Eheschließungen auf die Veränderung von Einstellungen gegenüber Ehe und Familie innerhalb weniger Jahre zurückzuführen ist, ist unwahrscheinlich.

Im Jahr 1988 wollten knapp 70% der männlichen und weiblichen Jugendlichen später einmal heiraten (vgl. Gysi, Liebscher, Ebert & Zierke 1990, S. 105; vgl. auch Weigandt 1990, S. 166). Die ALLBUS-Basisumfrage aus dem Zeitraum Mai bis Juli 1991 ergab, daß 76.2% der Befragten zwischen 18 und 30 Jahren eine "Eigene Familie und Kinder" für sehr wichtig erklärten.¹² Auch wenn die Angaben nicht direkt vergleichbar sind, so kann doch von einem Verlust familialer Werte nicht gesprochen werden.

Dagegen scheint es eher plausibel, von einer Unsicherheit angesichts der völlig veränderten institutionellen Rahmenbedingungen auszugehen, die die Eheschließung zwar verzögert, aber nicht verhindert. Angesichts der veränderten Konsequenzen einer Scheidung - man denke nur an den Unterhaltsanspruch, den ein Partner gegenüber dem finanziell bessergestellten Partner geltend machen kann bzw. an die Folgen, wenn der Partner aufgrund mangelnder Einkünfte keinen Unterhalt leisten kann - kann es für die Akteure zudem durchaus rational sein, keine Ehe einzugehen. Schließlich ist ein struktureller Aspekt zu berücksichtigen, nämlich der der Migration insbesondere junger Leute von den neuen in die alten Bundesländer. Zusammenfassend kann man sagen, daß sich die Unsicherheit über die eigene und die gesellschaftliche Entwicklung - hinsichtlich der Eheschließung - sicher am stärksten als allgemeine Verunsicherung auswirkt. Es gilt jedoch auch, daß nicht- beziehungsweise voreheliche Lebensgemeinschaften gegenüber der Ehe nicht institutionell benachteiligt werden. Insofern hat sich - ähnlich wie in den alten Bundesländern - die Motivstruktur in bezug auf die Eheschließung geändert. Zudem ist anzumerken, daß aufgrund des geschilderten Rückgangs der Fertilität ein Hauptmotiv der Eheschließung - die rechtliche, soziale und finanzielle Absicherung von Kindern - wegfällt.

(2) Bei dem Rückgang der Fertilitätsraten müssen zwei Effekte getrennt werden. Auf der einen Seite lassen sich Anpassungen an die veränderte institutionelle Struktur erwarten. Eine Angleichung an die geringen Fertilitätsquoten der alten Bundesländer wäre dadurch zu erklären. Wie oben gezeigt wurde, ist die Fertilität jedoch weit unter das Maß in den alten Bundesländern gesunken. Auch wenn ein Teil dieser Entwicklung sicher auf demographische Effekte - insbesondere die Migration junger Personen

¹² Es zeigt sich sogar, daß die ohnehin große Zustimmung zu diesem Item im Westen in den fünf neuen Bundesländern in allen Altersgruppen noch übertroffen wird.

mit ansonsten hohen Geburtenziffern - zurückzuführen ist, so kann andererseits mit Sicherheit auch eine Verhaltensänderung als Folge spezifischer Bedingungen konstatiert werden.

Lassen sich hier nun veränderte Wertvorstellungen finden? Oben wurde bereits darauf hingewiesen, daß eine eigene Familie und Kinder immer noch einen sehr hohen Stellenwert einnehmen. Wie die Daten des sozioökonomischen Panels (vgl. Habich, Krause & Priller 1991, S. 38) aus dem Jahre 1990 sowie des ALLBUS 92 zeigen, lassen sich hier keine Änderungen feststellen. Aus den Daten des ALLBUS 91 und 92 findet sich jedoch ein Hinweis auf die möglichen Ursachen der konstatierten Veränderungen. Auf die Aussage "So wie die Zukunft aussieht, kann man es kaum noch verantworten, Kinder auf die Welt zu bringen" antworteten 1991 45.5% und 1992 45.6%, daß sie derselben Meinung wären. In den alten Bundesländern lag dieser Wert nur bei 29.0% beziehungsweise 33.7%.

Diese Einschätzung wiederum kann auf zwei Ursachen beruhen: einer allgemeinen Verunsicherung oder einer vernünftigen Abwägung der vorhandenen Möglichkeiten. Hier wird davon ausgegangen, daß diese Entwicklung als eine Anpassungsstrategie der Frauen in den fünf neuen Bundesländern zu verstehen ist. Die geringe Fertilität erscheint hierbei als Aggregat individuell rationaler Strategien der Anpassung an völlig veränderte gesellschaftliche Verhältnisse. Hierbei ist vor allem an die Veränderungen der ökonomischen Situation zu denken. Die Frauenerwerbstätigkeit lag in der DDR "nahezu auf dem hohem Niveau, das in den meisten Ländern sonst nur von Männern erreicht wird" (Brinkmann & Engelbrech 1991, S. 23; vgl. auch Miethe et al. 1990). Gerade Frauen sind aber besonders vom Umbau der Wirtschaft und der dramatischen Situation am Arbeitsmarkt betroffen (Holst 1991). Drei Argumente sprechen dagegen, in einer derartigen Situation einen vorhandenen Kinderwunsch zu realisieren:

- Durch den Abbau der in der DDR gut ausgebauten staatlichen Unterstützungseinrichtungen sowie veränderten Freistellungsregelungen etwa bei einer Krankheit der Kinder, fällt es zunehmend schwerer, Erwerbsarbeit und Kindererziehung zu vereinbaren.
- Die Arbeitsmarktlage hat sich vor allem für Frauen verschlechtert. Kinder stellen dabei einen zusätzlichen Diskriminierungsfaktor dar (vgl. Engelbrech 1992).
- Es herrscht eine relativ große Unsicherheit über die Entwicklung der eigenen ökonomischen Situation. "Erwerbstätige Frauen äußern eine geringere Zukunftszuversicht" (Habich, Krause & Priller 1991, S. 40). Kinder würden diese Ungewißheit weiter erhöhen. Die oben skizzierten Auswertungen des ALLBUS bestätigen dies.

All diese Faktoren sprechen dafür, daß die Geburt von (weiteren) Kindern - vor allem von Frauen, die hoffen ihre Arbeit behalten zu können - zumindest aufgeschoben wird (vgl. Roloff 1992). Es ist deshalb davon auszugehen, daß sich die Entwicklung der

Fertilität erst dann wieder stabilisieren und auf dem Niveau der alten Bundesrepublik einpendeln wird, wenn die wirtschaftliche Situation individuell übersichtlicher wird. Solange erscheint es als eine rationale Anpassung an die veränderten Bedingungen, den Kinderwunsch zumindest aufzuschieben.

(3) Auch beim Rückgang der Scheidungszahlen läßt sich argumentieren, daß die Veränderungen der institutionellen Rahmenbedingungen und hierbei vor allem des westlichen Scheidungsrechtes ab 1990 zu einer Veränderung der individuellen Entscheidungskalküle führen könnten. Die eventuell zu leistenden Unterhaltszahlungen bei erhöhter ökonomischer Unsicherheit könnten zu einem Rückgang der Scheidungsneigung führen. Zudem könnte die Familie als letzte relativ sichere Institution einen höheren Stellenwert als früher einnehmen.

Es ist jedoch anzunehmen, daß diesen Mechanismen nur eine marginale Rolle zukommt und daß vorrangig die Veränderungen des formalen Verfahrens zu dem festgestellten Rückgang der Scheidungszahlen führten. Es wird also davon ausgegangen, daß die Stabilität der Ehen relativ unverändert, und das heißt: unverändert gering, geblieben ist. Hierfür lassen sich vor allem drei Argumente anführen:

- Seit dem 3. Oktober 1990 müssen Scheidungswillige ein Trennungsjahr einhalten. Auch wenn Gerichte vereinzelt die Verfahren auch vor dem Ablauf von 12 Monaten wieder aufnehmen, so war es doch kaum möglich, ein Scheidungsverfahren im Jahre 1991 abzuschließen.
- Hinzu kommt, daß nach dem nun einheitlich geltenden Recht eine Scheidung erst dann ausgesprochen wird, wenn alle Unterhalts- und Versorgungsansprüche geregelt sind. Die hierfür zuständigen Versicherungsanstalten waren jedoch lange Zeit nicht in der Lage, entsprechende Berechnungen anzustellen. Der Versorgungsausgleich entspricht der Berechnung von Rentenansprüchen. Da die entsprechenden Versicherungsanstalten alle neu eingerichtet werden mußten, kam es zu erheblichen Verzögerungen.
- Schließlich ist zu erwähnen, daß sich auch bei den Familiengerichten ein personaler Engpaß nach der Vereinigung ergeben hat, der zu Verzögerungen führte.

Zwar lassen sich auch Verunsicherungen hinsichtlich der Kosten und Konsequenzen einer Scheidung innerhalb der Bevölkerung vermuten, hier wird jedoch davon ausgegangen, daß sich der dramatische Rückgang der Scheidungszahlen hauptsächlich auf verwaltungstechnische Faktoren zurückführen läßt, da in die amtlichen Statistiken nur abgeschlossene Scheidungsverfahren eingehen. Sobald diese Umstellungen erfolgt sind, ist deshalb zumindest kurzfristig mit einem raschen Anstieg der Scheidungsziffern zu rechnen. Der leichte Anstieg der entsprechenden Zahlen im Jahr 1992 könnte ein erstes Anzeichen für diese Vermutung darstellen.

Zusammenfassend ist also zu sagen, daß sich die drei hier diskutierten Veränderungen der demographischen Prozesse nicht auf ein einheitliches Erklärungsmuster zurückführen lassen, sondern daß jeweils spezifische Konstellationen zu berücksichtigen sind. Generell lassen sich vor allem die Heiratsneigung und das Fertilitätsverhalten als Ergebnis einer rationalen Anpassungsstrategie an veränderte Randbedingungen - vor allem für die Frauen - verstehen.

Literatur

- Becker, Gary S. (1981). *A treatise on the family*. Cambridge, London: Harvard University Press.
- Becker, Gary S., Landes, Elisabeth & Michael, Robert T. (1977). An Economic Analysis of Marital Instability. *Journal of Political Economy* 85, 1141-1187.
- Brinkmann, Christian & Engelbrech, Gerhard (1991). Erwerbsbeteiligung und Erwerbstätigkeit. In Gerd Wagner, Bernhard von Rosenblatt, Dieter Blaschke (Hrsg.). *An der Schwelle zur Sozialen Marktwirtschaft. Ergebnisse aus der Basiserhebung des Sozioökonomischen Panels in der DDR im Juni 1990* (S. 23-26). Nürnberg: Bundesanstalt für Arbeit.
- Cherlin, Andrew J. (1981). *Marriage, Divorce, Remarriage*. Cambridge: Harvard University Press.
- Cromm, Jürgen (1988). *Bevölkerung, Individuum, Gesellschaft. Theorien und soziale Dimensionen der Fortpflanzung*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Dorbritz, Jürgen (1992). Nuptialität, Fertilität und familiäre Lebensformen in der sozialen Transformation - Übergang zu einer neuen Bevölkerungsweise in Ostdeutschland? *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 18, 167-196.
- Engelbrech, Gerhard (1992). Die Situation von Frauen in den neuen Bundesländern beim Übergang zur Marktwirtschaft: Individualisierung arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Problemlagen oder gesellschaftliche Herausforderung. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 18, 477-493.
- Frick, Joachim & Steinhöfel, Michael (1991). Heiratsverhalten in der DDR und in der Bundesrepublik - Der Zusammenhang von Heiratsalter und beruflichem Bildungsabschluß von Ehepartnern. In Projektgruppe "Das Sozio-ökonomische Panel" (Hrsg.). *Lebenslagen im Wandel: Basisdaten und -analysen zur Entwicklung in den Neuen Bundesländern* (S.280-298). Frankfurt: Campus.
- Gysi, Jutta (1988). Familienformen in der DDR. In *Akademie der Wissenschaften der DDR* (Hrsg.). *Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik* (S.508-524). Berlin: Akademie-Verlag.
- Gysi, Jutta (Hrsg.) (1989). *Familienleben in der DDR*. Berlin: Akademie-Verlag.
- Gysi, Jutta, Liebscher, Reinhard, Ebert, Elvir & Zierke, Irene (1990). *Frau und Familie*. In Gunnar Winkler (Hrsg.). *Frauenreport '90* (S. 101-152). Berlin: Die Wirtschaft.
- Habich, Roland, Krause, Peter & Priller, Eckart (1991). Subjektives Wohlbefinden. In Gerd Wagner, Bernhard von Rosenblatt, Dieter Blaschke (Hrsg.). *An der Schwelle zur Sozialen Marktwirtschaft. Ergebnisse aus der Basiserhebung des Sozioökonomischen Panels in der DDR im Juni 1990* (S. 37-41). Nürnberg: Bundesanstalt für Arbeit.
- Hammes, Winfried (1994). Ehescheidungen 1992. *Wirtschaft und Statistik* 22, 1994, 128-133.
- Hill, Paul B. & Kopp, Johannes (1990). Theorien der ehelichen Instabilität. *Zeitschrift für Familienforschung* 2, 211-243.
- Höhn, Charlotte, Mammey, Ulrich & Wendt, Hartmut (1990). Bericht 1990 zur demographischen Lage: Trends in beiden Teilen Deutschlands und Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 16, 135-205.

- Höpflinger, Francois (1987). Wandel der Familienbildung in Westeuropa. Frankfurt, New York: Campus.
- Hoffmann, Elke, Menning, Sonja, Speigner, Wulfram & Trappe, Heike (1990). Demographische Entwicklung. In Gunnar Winkler (Hrsg.). Frauenreport '90 (S. 16-36). Berlin: Die Wirtschaft.
- Holst, Elke (1991). Frauenpolitische Aspekte der Arbeitsmarktentwicklung in Ost- und Westdeutschland. DIW Wochenbericht 58, 421-426.
- Jahoda, Marie, Lazarsfeld, Paul F. & Zeisel, Hans (1974, zuerst 1930). Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch. Frankfurt: Suhrkamp.
- Kaufmann, Franz-Xaver, Strohmeier, Klaus Peter & Federkeil, Gero (1992). Wirkungen politischen Handelns auf den Bevölkerungsprozeß. Boppard: Boldt.
- Kopp, Johannes (1994). Scheidung in der Bundesrepublik. Zur Erklärung des langfristigen Anstiegs der Scheidungsraten. Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag.
- Leisering, Lutz (1992). Sozialstaat und demographischer Wandel. Wechselwirkungen, Generationenverhältnisse, politisch-institutionelle Steuerung. Frankfurt, New York: Campus.
- Meyer, Dagmar (1991). Ehescheidungen in der ehemaligen DDR. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 17, 33-47.
- Miethe, Horst et al. (1990) Berufstätigkeit. In Gunnar Winkler (Hrsg.): Frauenreport '90 (S. 55-100). Berlin: Die Wirtschaft.
- Münch, Eva Marie von (1985) Das neue Ehe- und Familienrecht von A-Z. 9. Auflage. München: C.H. Beck/dtv.
- Ott, Notburga (1989). Familienbildung und familiäre Entscheidungsfindung aus verhandlungstheoretischer Sicht. In Gert Wagner, Notburga Ott, Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny (Hrsg.): Familienbildung und Erwerbstätigkeit im demographischen Wandel (S. 97-116). Berlin: Springer.
- Roloff, Juliane (1992). Zu Problemen der Erwerbsbeteiligung der Frauen in den neuen Bundesländern. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 18, 465-475.
- Schulz, Erika (1993). Bevölkerungsentwicklung in Deutschland bis zum Jahr 2010 mit Ausblick auf 2040. DIW Wochenbericht 60, 393-404.
- Schwarz, Karl (1992). Geburtenentwicklung und Familienpolitik in der (früheren) DDR - Beispiel einer pro-natalistischen Politik. Zeitschrift für Familienforschung 4, 248-262.
- Statistisches Bundesamt (1992). Statistisches Jahrbuch 1992 für das vereinte Deutschland. Wiesbaden: Metzler.
- Weigandt, Susanne (1990). Sexualität-Partnerschaft-Kinderwunsch. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung bei weiblichen Lehrlingen in Rostock. In Barbara Hille, Walter Jaide (Hrsg.). DDR-Jugend. politisches Bewußtsein und Lebensalltag (S. 163-175). Opladen: Leske+Budrich.
- Wendt, Hartmut (1991). Geburtenhäufigkeit in beiden deutschen Staaten - zwischen Konvergenz und Divergenz. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 17, 251-280.
- White, Lynn K., Booth, Alan & Edwards, John N. (1986). Children and Marital Happiness. Why the Negative Correlation?. Journal of Family Issues 7, 131-147.
- Zapf, Wolfgang & Mau, Steffen, 1993: Eine demographische Revolution in Ostdeutschland? Dramatischer Rückgang von Geburten, Eheschließungen und Scheidungen. Informationsdienst Soziale Indikatoren (ZUMA) 10, 1-5.

Anschrift des Erstautors

Dr. Johannes Kopp
Universität Mannheim
A 5
68131 Mannheim 1

Zeitschrift für Familienforschung 6, 1994, 1/2